

## BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

19. Wahlperiode

## BEIRATSPROTOKOLLE

BP

5. Sitzung

29.08.17

### Beirat Plattdeutsch

5. Sitzung

am 29. August 2017

im Haus der Bürgerschaft

Anwesend: Präsident Weber

Vertretung des Instituts für niederdeutsche Sprache (INS):

Herr Block

Frau Ehlers

Vertretung der niederdeutschen Dachorganisation in Bremen und Bremerhaven:

Herr Henschen

vom Bundesraat för Nedderdüütsch

Herr Michael )

Frau Poppe )

Herr Rehder-Plümpe )

Frau Schernich )

Frau Warnken )

De Runne Disch Plattdüütsch for

Bremen und Bremerhaben

Vertreter der Ressorts:

Herr Frey )

Frau Pfister )

Frau Bremicker )

vom Senator für Kultur

Frau Schroth

von der Senatorin für Kinder und Bildung

Frau Jess

von der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit  
und Verbraucherschutz

Frau Volz

vom Magistrat der Stadt Bremerhaven

Herr Kleen

)

## **Beratungsgegenstände:**

1. Stellungnahme zum Staatenbericht der Europäischen Sprachencharta
2. Aktuelles zum Institut für niederdeutsche Sprache
3. Verschiedenes

Präsident Weber eröffnet die Sitzung um 15.40 Uhr und entschuldigt sich für die Verspätung.

## 1. Stellungnahme zu Staatenbericht der Europäischen Sprachencharta

**Herr Henschen** schlägt abschnittsweise Beratung anhand der betroffenen Ressorts vor. In einer Vorbemerkung erinnert er daran, dass der Beirat gegründet wurde, um den Dialog zwischen der Exekutive, der Legislative, den gesellschaftlichen Akteuren und dem RunnenDisch/Bundesraat zu fördern. Ausdrücklich gehöre durch Bürgerchaftsbeschluss die Diskussion des bremischen Beitrages zum Staatenbericht vor Abgabe an das Bundesinnenministerium zu den Aufgaben des Beirats. Umso bedauerlicher sei es, dass an der heutigen Sitzung kein Vertreter der Fraktionen seine Teilnahme einrichten konnte. Es müsse ein Weg gefunden werden, dass sich mindestens die von den Bürgerschaftsfraktionen für den Beirat benannten Mitglieder mit den Inhalten des Staatenberichtes und den Anmerkungen des Beirates auseinandersetzen könnten.

**Herr Michael** unternimmt einen Versuch, auf plattdeutsch nachzuhaken, ob der Bericht unveränderbar sei oder heutige Anmerkungen noch Änderungen ermöglichen könnten, bevor der Bericht nach Berlin geschickt werde. Auf Bitte einer Behördenvertreterin mit Hinweis auf das Gebot sprachlicher Barrierefreiheit, sein Anliegen auf hochdeutsch zu wiederholen, erklärt Herr Michael, dass das genau ein Problem des Umgangs mit der plattdeutschen Sprache sei, dass eben immer auf hochdeutsch über platt geredet werde. Selbst eine Wochenserie bei Radio Bremen habe das Thema „plattdeutsche Sprache“ fast ausschließlich auf hochdeutsch behandelt. Herr Michael kündigt an, zukünftig dem Beirat nicht mehr angehören zu wollen, da es aus seiner Sicht bislang zu keiner nachhaltigen Arbeit dieses Gremiums gekommen sei.

**Frau Bremicker** erläutert, dass der vorliegende Entwurf noch verändert werden könne. Der bremische Teil werde allerdings vom Kulturressort nur zusammengetragen auf der Grundlage von Zulieferungen aus den Ressorts. Wenn es also Veränderungen geben sollte, müssten diese aus den Ressorts erfolgen, das Kulturressort

könne selbst nur den eigenen fachlichen Teil beitragen. Deshalb wäre es wünschenswert gewesen, wenn alle zuliefernden Ressorts zur Beiratssitzung eingeladen gewesen wären.

Leider seien das Sozialressort, Inneres und die Senatskanzlei nicht eingeladen worden, sondern nur – wie üblich – Kultur, Bildung, Wissenschaft/Gesundheit.

**Herr Präsident Weber** bittet, mit den anwesenden Ressorts, insbesondere Bildung, zu beginnen. Die weiteren Anmerkungen werden von der Bürgerschaftskanzlei den nicht vertretenden Ressorts übermittelt mit der eventuellen Bitte, den vorliegenden Text zu ergänzen. Im Übrigen gebe es keinen Zweifel an der ausschließlichen Zuständigkeit des Senats an der Zulieferung zum Staatenbericht.

**Frau Ehlers** spricht zunächst den vorschulischen Bereich an und erkennt Defizite auch gegenüber anderen Ländern. Ein systematischer Ansatz in der vorschulischen Erziehung, also in Kitas, sei nicht erkennbar. Sie fragt, ob es Kitas gebe, in denen die Verwendung der niederdeutschen Sprache gefördert werde. Nach ihrer Kenntnis und einer entsprechenden Umfrage (zusammen mit dem Institut für deutsche Sprache) gebe es in anderen Ländern durchaus Kitas mit plattdeutschen Inhalten, aber nicht in Bremen.

**Frau Schroth** hat keine konkrete Kenntnis über Kitas, die einen systematischen Ansatz der vorschulischen Verwendung der niederdeutschen Sprache verfolgen. Sie will sich aber noch einmal erkundigen.

**Frau Ehlers** stellt auch noch einmal die grundsätzliche Frage nach der Rolle des Landes bei der Förderung der plattdeutschen Sprache in Kitas. Nach der Charta solle das Land eine proaktive Rolle spielen. Sie verweist auf den bisherigen Textentwurf, der unter anderem auf Aktivitäten der Bremer Leselust zum Einsatz niederdeutscher Bücher verweist. Nach ihrer Kenntnis gebe es diese Aktivitäten aber nicht. Weiterhin werde auf weitere Angebote verwiesen. Sie fragt nach, welche konkreten Angebote das seien.

**Frau Schroth** erläutert, dass das Ressort nicht den unmittelbaren Ansprechpartner in den Kitas habe, sondern die freien Träger ansprechen müsste. Im Text sei vermerkt, dass die Nachfrage nach Angeboten in der Stadt Bremen gering sei, Sie habe

keine Kenntnis, welche Kitas in Randgebieten der Stadt oder in Teilen Bremerhavens Interesse hatten, wolle dies aber noch einmal recherchieren.

**Präsident Weber** stellt fest, dass aus dem vorliegenden Text deshalb der Satz über die Bremer Leselust herausgenommen werden müsse.

**Frau Pfister** nimmt die Bemerkung zum Anlass auf den Charakter der Beschäftigung des Beirates mit dem Text-Entwurf hinzuweisen. Es handele sich nicht um eine Redaktionssitzung, der Beirat habe auch keine Entscheidungskompetenz, den Text zu ändern.

**Allgemein** wird dieser Hinweis akzeptiert. Änderungswünsche müssen vom Fachressort an das Kulturressort herangetragen werden. Es wird als ausreichend angesehen, dass die im Beirat anwesenden Ressortvertreter die Hinweise und Anregungen des Beirates mit den Fachleuten im Ressort besprechen und ergebnisabhängig das Kulturressort informieren.

**Frau Ehlers** weist zum schulischen Bereich darauf hin, dass der Sachverständigenausschuss einen systematischen Ansatz für den niederdeutschen Spracherwerb gefordert habe. Das werde so umgesetzt, dass Niederdeutsch im Bildungsplan Deutsch so verankert ist, dass im Grundschulbereich gefordert wird, dem Niederdeutsch Aufmerksamkeit zu schenken und im Standard Sprache und Originalsprache unterscheiden zu können und im Sek. - 1-Bereich Sprache und Sprachgebrauch untersuchen und über Sprache nachdenken zu können. Konkret bedeute das allerdings, dass kein systematischer Spracherwerb, sondern eher eine punktuelle Sprachbegegnung dabei herauskomme die sehr, sehr weit entfernt sei von einem systematischen Spracherwerb. Darüber hinaus werden Arbeitsgemeinschaften genannt, bei denen man wisse, dass es sich eher um ein zufälliges Angebot handele. Sehr positiv begrüßt werde dagegen die Einrichtung von Profilschulen in Niederdeutsch. Leider liege hier noch kein Bildungsplan oder Leitfaden vor, der den Unterricht systematisch vorgibt. Deshalb sei die konkrete Ausgestaltung sehr unterschiedlich und gehe von der Theater-AG bis zum ordentlichen Sprach-Unterricht. In anderen Ländern, Hamburg zuerst, inzwischen auch Schleswig-Holstein, gäbe es Bildungspläne, die die Zielerreichung sicherstellen. Aus ihrer Sicht sei das Vorgehen in Bremen zu weit auslegbar.

**Frau Schroth** weist daraufhin, dass es in Bremen tatsächlich nicht auf den systematischen Spracherwerb angelegt sei. Genau deswegen seien aber die Profilschulen eingerichtet worden, um auf der Basis des schleswig-holsteinischen Vorbildes herauszufinden, ob ein systematischer Ansatz erfolgen könne. Zwei Schulen haben sich schon auf diesen Weg gemacht, den Unterricht in der 1. bzw. 2. Klasse anzubieten, zu dem sich die Kinder auch verpflichtend anmelden. Die beiden anderen Schulen machen diese Angebote zurzeit noch nur auf ein Jahr begrenzt. Sie werden allerdings auch nicht das Zertifikat erhalten. Die Schulen, die einen systematischen Ansatz verfolgen, erhalten eine Zertifizierung, die niedersächsischem Vorbild folgt. Weitere Schulen überlegen, sich auf diesen Weg zu begeben. Sie würde allerdings versuchen, die bisherigen vier Schulen zusammen zu halten und gemäß des bisher angewandten Leitfadens fortzuentwickeln. Man müsse allerdings sich auch klar darüber sein, dass Erwartungen über darüber hinausgehende Ausweitungen unrealistisch seien.

**Präsident Weber** hat die Einschätzung, dass die Beschreibung, den Spracherwerb in den vier Schulen anzustreben, damit übereinstimme, wie er die Realität wahrnimmt.

**Frau Warnken** fragt danach, welche Planungen es gebe, wenn das Pilotprojekt in der Grundschule am Ende des Schuljahres auslaufe, ob es dann Fortsetzung finde.

**Frau Schroth** berichtet, dass es bereits eine feste Planung gebe, das Projekt an der Sek. 1 fortzusetzen (in Vegesack für Schönebeck) und sie nach einer weiteren Schule in der Innenstadt suche.

**Präsident Weber** leitet zum Thema Aus- und Fortbildung/Bildung über.

**Frau Ehlers** lobt, dass es seit dem Schuljahr 2015/2016 am Landesinstitut für Schule (LIS) in Bremen ein Weiterbildungsangebot für Niederdeutsch gebe, das auch gut angenommen werde. Allerdings werde es konkret durchgeführt vom INS, allerdings habe die Kontinuität nur mangelhaft geklappt. Jetzt gebe es allerdings drei neue Termine. Diese Kurse seien ein sehr wichtiger Baustein, weshalb die Fortbildung unbedingt fortgeführt werden müsse. Leider sei es in Bremen nicht so wie an

anderen Universitäten, dass die Studierenden wirklich die Gelegenheit bekämen, während des Studiums die Sprache zu erlernen.

**Herr Henschen** weist auf den weiteren Tagesordnungspunkt der Beiratssitzung hin. Zurzeit seien die Angebote am LIS und an der Universität vom INS abhängig. Es sei nicht erkennbar, wie diese Fortbildungen ihre Fortsetzung finden sollen, wenn das Institut zerschlagen ist. Zurzeit sei nicht zu erkennen, wie Bremen dahin gelangen könne, die Ansprüche der KMK, Niederdeutsch zu einem Schulfach zu entwickeln, zu erfüllen, und sei es ein oder zwei Stufen darunter. Dabei hebt er die Anstrengungen von Frau Schroth und Frau Volz heraus, die mehr als alle Vorgänger (sich selbst eingeschlossen) auf diesem Weg auf die Beine stellen. Leider stehe auch der Wille, die Vorgaben der Charta zu erfüllen, nicht als erklärte Wille dem Kapitel voran. Deshalb sei er auch glücklich, dass der Senator für Inneres jedem seiner Absätze die Erklärung voran stelle, dass für ihn die Charta geltendes Recht ist. Natürlich sei die Philosophie der Charta nicht darauf gerichtet, dass der Staat überall direkten Einfluss habe, weshalb oft mit Formulierungen wie „ermutigen“ oder „Impulse geben“ gearbeitet werde. Davon sei bei Bildung zu wenig sichtbar.

**Herr Michael** fragt nach den Fortbildungsmöglichkeiten in Bremerhaven.

**Frau Volz** berichtet von einer Schule, an der es ein Angebot gebe, an der auch Fortbildung angeboten werden könne. Eine zweite Schule soll interessiert werden. Allerdings gebe es sehr wenige Muttersprachler plattdeutsch.

**Herr Michael** hakt noch einmal nach wegen des Fortbildungsaspektes.

**Frau Volz** sagt zu, sich über das Thema noch einmal mit Frau Ehlers in Verbindung zu setzen.

**Präsident Weber** fasst für den Teil Bildung zusammen, dass, so wie besprochen, konkrete Anregungen für den Text weiterbearbeitet werden, im Weiteren habe es sich um Hinweise zu dem Thema gehandelt.

**Herr Henschen** berichtet zum Thema Medien, dass sich auch gute Entwicklungen im Berichtszeitraum ergeben haben. Der Bundesrat entsendet jetzt sowohl in den

Bremer Rundfunkrat wie in den Medienrat Mitglieder. Seine Erfahrungen im Rundfunkrat seien ausgesprochen positiv. Das Lob gebühre allerdings der Bürgerschaft, weil sich die Entwicklungen aus Gesetzesänderungen ergeben. Die Bürgerschaft sei allerdings nicht zur Stellungnahme aufgefordert. Zu loben sei auch die Änderung des Straßennamensgesetzes, das für den Bericht nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Künftig müsste in Bremen bei Straßenbenennungen auch immer berücksichtigt werden, ob nicht etwas Plattdeutsches in Frage komme.

**Präsident Weber** berichtet, dass er bei einer Fahrt durch Niedersachsen sehr erfreut festgestellt habe, dass auf Straßenschildern plattdeutsche Namensübersetzungen vorhanden waren.

**Frau Schernich** erläutert, dass es sich bei vielen Namen jetzt schon um plattdeutsche Namen handelt, etwa wegen der alten Flurnamen oder Katasterbezeichnungen. Häufig seien dann hochdeutsche Bezeichnungen vorangestellt wie etwa Am Brahmekamp.

**Herr Michael** hat Anmerkungen zu Soziales, die an das Ressort weitergeben werden müssten. Er weist darauf hin, dass die Charta nahe legt, dass in sozialen Einrichtungen wie Krankenhäuser oder Pflegeheime Menschen in deren eigener Sprache, also auch auf Niederdeutsch, aufgenommen und behandelt werden sollen. Im bremischen Text werde dazu ausgeführt, dass in einzelnen Pflegeheimen platt gesprochen werde. Außerdem sollen in einer Altenpflegeschule in Bremerhaven künftige Pflegekräfte in Plattdeutsch ausgebildet werden. Er findet, dass das alles zu wenig ist. So sei von Krankenhäusern im Bericht überhaupt nicht die Rede, sondern nur von einem Seniorenheim. Ihm gehe es besonders auch um die Weiterbildung etwa der Ausbilder, und dort finde überhaupt nichts statt. Er verweist auf den Rahmenlehrplan für die Altenpflegeausbildung der Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport. In dem Plan käme nicht einmal das Wort „Plattdeutsch“ oder das Wort „Minderheitensprache“ vor. Es werde viel über Kompetenzen im Sinne eines Beziehungsprozesses gesprochen. Aber, wenn der Bewohner oder Patient nur plattdeutsch spricht, sei so eine Beziehungsaufnahme kaum möglich. Er würde gerne einmal hören, wie das Thema plattdeutsche Sprache in diesem Bereich behandelt wird.

**Herr Henschen** erinnert daran, dass in der Arbeitsplanung des Beirats für diese Legislaturperiode das Thema „Plattdeutsch in der Pflege“ besonders vorgesehen ist. Im Übrigen müsste sich das Thema vor allem in der Berufsausbildung wiederfinden. Die entsprechenden Lehrinhalte seien aber durch Bundesrecht vorgegeben, weshalb sich im Land vor allem wieder die Frage nach Impulsen und Anregungen etwa für die Erstellung solcher Pläne stellt. Er bittet die Vertreter des Bildungsressorts, das Thema noch einmal mit den Zuständigen für die Berufsausbildung anzusprechen, was Frau Schroth zusagt.

**Herr Henschen** spricht als weiteres Thema die Produktion niederdeutscher Texte an. Auch da stellt sich der Zusammenhang zur Zukunft des INS, weil es in Zukunft in Bremen kein aktives Institut für niederdeutsche Sprache mehr geben wird. Bisher habe das INS eine erhebliche Rolle etwa im Fortbildungsprogramm der niederdeutschen Amateurtheater und in der Ausbildung niederdeutscher Autoren gespielt. Der Audio-Guide in der Wilhelm-Kaisen-Stiftung sei in seiner niederdeutschen Fassung vom INS erstellt worden. Eine letzte Anmerkung mache er noch zur Förderung zivilgesellschaftlicher Dachverbände. Der plattdeutsche Kring, der sich als Dachverband verstanden hat, hat sich 2016 aufgelöst. Der Runne Disch werde „an dessen Stelle“ erwähnt, wenn auch nicht als Dachverband benannt. Als solcher verstehe sich der Runne Disch auch nicht, sondern als Sprachrohr gegenüber Politik und Verwaltung in Angelegenheiten des Niederdeutschen. Im Bericht fehle an dieser Stelle übrigens, dass das Kulturressort den Runnen Disch zweimal massiv finanziell unterstützt habe. Das sei schade.

**Frau Bremicker** betont, dass sie auf diese Erwähnung absichtlich verzichtet habe, weil es eben um Dachverbände gehe und der Runne Disch sich genau so nicht verstehe. Sie verweist auch auf den Zusammenhang der Fragestellung. Es gehe um die Gründung eines bundesweiten Dachverbandes, wofür notwendigerweise zuerst einmal entsprechende Landesverbände zu gründen seien.

**Herr Rehder-Plümpe** erinnert noch einmal an die Auflösung des plattdeutschen Kring, der ja nicht nur für Bremen zuständig gewesen sei, sondern auch darüber hinaus.

**Herr Henschen** fragt, ob der Beirat für Niederdeutsch beim Präsidenten nicht auch hätte Erwähnung finden müssen. Er werde jedenfalls in einer eigenen Stellungnahme für den Bundesrat darauf hinweisen, dass der Beirat nicht funktionsfähig sei, wenn die Politik nicht wahrnehme, dass sie hier ins Gespräch kommen könne. Als letzten Punkt erinnert Herr Henschen im Bereich Inneres an die Schwierigkeiten eines Paares, sich in Bremen auf plattdeutsch trauen zu lassen. Diesem Paar sei von der Justiziarin des Senators für Inneres erläutert worden, dass Inneres keine Stelle mit der Qualifikation „plattdeutsch“ vorhalten könne „für die paar Leute, die sich auf platt trauen lassen wollen“. Das sei ärgerlich, auch ein Nachhaken bei Inneres habe aber keinen Erfolg gebracht.

**Präsident Weber** erinnert daran, dass es seines Wissens Trauungen im Rathaus auf platt gegeben habe. Herr Kleen ergänzt, dass es diese Möglichkeit auch im Lür-Kropp-Hof regelmäßig gebe. Im Rathaus sei die Möglichkeit davon abhängig, ob plattdeutsch sprechende Mitarbeiter des Rathauses im Nebenamt Trauungen vornehmen können.

**Herr Henschen** verweist darauf, dass es für den Bericht vor allem auf die Äußerung von Inneres ankomme, keine Standesbeamten mit plattdeutschem Profil einstellen zu wollen.

**Frau Bremicker** bittet abschließend darum, Änderungswünsche bis zum 13. September bei ihr einzureichen, weil der Bericht am 20. September abgegeben werden müsse.

## **2. Aktuelles zum Institut für niederdeutsche Sprache**

**Präsident Weber** ruft TOP 2 auf. Er verweist darauf, dass im Entwurf für den Staatenbericht auf die Entwicklung umfangreich eingegangen wird. Allen sei ja auch der Sachstand bekannt. Zum 1.1.2018 solle das neue Länderzentrum in der Nachfolge des INS in Bremen als Zuwendungsempfänger der norddeutschen Länder in bisheriger Höhe seine Arbeit aufnehmen. Er bittet darum, im Beirat zu thematisieren, wie mit den Mitarbeitenden weiter verfahren werde, weil dort nach seiner Einschätzung eine Art „Hängepartie“ entstanden sei.

**Herr Block** berichtet, dass fristgerecht zum Jahresende den Mitarbeitenden vorsorglich gekündigt werde, weil es keine gesicherte Zukunftsperspektive für Mitarbeitende gebe. Das bedeute, dass diese Mitarbeitenden ab dann dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Es gebe die Möglichkeit, dass sich Mitarbeitende beim Länderzentrum bewerben könnten. Das könne aber nach jetziger Einschätzung nur auf einen Teil anwendbar sein, weil etwa eine Bibliothekar-Stelle beim Länderzentrum nicht vorgesehen sei. Bei der Bibliothek sei das INS auf das Länderzentrum zurückgeworfen, müsse versuchen, eine Nutzung oder Teilnutzung der Bibliothek durch das Länderzentrum vertraglich zu einigen. Für den Bibliothekar könne wegen der fehlenden finanziellen Grundlage auch nur die Kündigung zu diesem Zeitpunkt ausgesprochen werden. Auf Nachfrage von Präsident Weber bestätigt Herr Block, dass die Beschäftigten an TV-L angelehnt vergütet werden.

**Herr Frey** berichtet, dass die Stellen ausgeschrieben werden, wenn alle Länder den neuen Gesellschaftervertrag unterschrieben haben. Das werde voraussichtlich Anfang September geschehen, Bremen habe als erstes Land unterschrieben, die anderen werden jetzt folgen. Das Land habe keine Arbeitgeberfunktion, sondern sei ausschließlich Zuwendungsgeber. Deshalb habe das Land auch keine unmittelbare Verantwortung. Aber das Ressort hat sehr frühzeitig darüber informiert, dass die beteiligten Länder ihre institutionelle Förderung einstellen wollten und damit die Möglichkeit der Reaktion eröffnet. Das sei alles nicht einfach und er wolle die Sache damit nicht schön reden, aber es müsse korrekt dargestellt werden. Bibliothekar Stellen seien im Zentrum nicht vorgesehen, deshalb strebe man eine Kooperation mit dem INS an. Das könne aber erst dann geschehen, wenn das Länderzentrum seine Arbeit aufgenommen habe.

**Herr Henschen** erklärt, dass er den ursprünglichen, zur jetzigen Entwicklung sehr kritischen Text im Entwurf des Staatenberichtes aus dem Bundesinnenministerium besser findet. Er erinnert daran, dass die Datierung der Gründung des INS in das Jahr 1979 falsch sei, es müsse vielmehr 1974 als Gründungsjahr gelten, weil der Verein sich in diesem Jahr gegründet habe. Aus 1979 stamme der Vertrag des Vereins mit den vier Geberländern. Nach seiner Einschätzung sei Artikel 6 Abs. 2 aus diesem Vertrag nicht genügend berücksichtigt worden. Danach hätten nach der Kündigung eines Landes die anderen Länder über die Möglichkeiten der Weiterfinanzierung verhandeln müssen. Das habe nach seiner Kenntnis nicht stattgefunden. Die Frage nach der Zukunft der Mitarbeitenden habe er häufig gestellt, ohne Antwort.

Auch habe er die Frage an die Verantwortlichen für die Zerschlagung des INS, in welchem bremischen Interesse es eigentlich liege, wenn die Bibliothek etwa nach Greifswald oder Flensburg verkauft würde. Welche Zukunft hat die Lehrerfortbildung, wie sieht es aus mit dem Internetwörterbuch. Auf viele Fragen habe er bisher keine befriedigende Antwort über die Zukunftsperspektiven erhalten.

**Herr Frey** antwortet, dass das neue Länderzentrum ein eigenes Profil entwickeln und Kompetenzen und Prioritäten setzen wird und man wird schauen, was sich in den angesprochenen Bereichen für Perspektiven ergeben werde.

**Frau Bremicker** erinnert daran, dass das INS als privater Verein Verträge habe, zum Beispiel mit der Universität oder dem LIS und darüber auch Einnahmen erziele. Diese Verträge könnten natürlich fortgesetzt werden. Zu den Mitarbeitern erläutert sie, dass die Größenordnung auch benannt werden müsse. Das INS habe zwei Vollzeitstellen gehabt und zwei Halbtagsstellen, dazu 450-Euro-Stellen. Ein Mitarbeiter in Vollzeit habe bereits gekündigt, und die Stelle sei trotz der mangelnden Kenntnis, wie es 2018 weitergehe, befristet nachbesetzt worden. Diese Stelle könne jetzt nicht in die Waagschale gelegt werden für die Begründung, es fielen Arbeitsplätze weg.

**Herr Henschen** findet die Betrachtung zynisch.

Er stellt auch die Frage, warum das Wissenschaftsressort eine Entwicklung nicht weiter fördere, die möglicherweise das INS hätte über Wasser halten können, nämlich eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Deutsche Sprache. Eine Kritik am neuen Länderzentrum sei für ihn auch, dass damit eine Staatsagentur für Niederdeutsch ins Leben gerufen werde. Begrüßen würde er dagegen, dass es aus dem politischen Raum eine schnelle Unterstützung für den Bundesrat für Niederdeutsch gegeben habe. Als Dachorganisation der niederdeutschen Sprechergruppe war der Bundesrat bislang über das INS mitfinanziert worden und vom INS administrativ unterstützt worden. Gegründet werde ein Niederdeutsch-Sekretariat mit Sitz in Hamburg, das künftig dem Bundesrat die unabhängige Wahrnehmung seiner Geschäfte ermöglicht.

**Frau Jess** erklärt, dass das INS nie eine Einrichtung des Wissenschaftsressorts gewesen sei. Es habe immer Kooperationen und den Kooperationsvertrag mit der Universität als Grundlage der Zusammenarbeit gegeben. Klar sei künftig, dass es keine

Kooperationen mit einem Institut, das praktisch nicht existiert, geben könne. Wissenschaft habe die Senatsvorlage abgewartet. Künftig werde man möglicherweise über Lehraufträge die nötigen Bedarfe befriedigen. Im Wissenschaftsbereich hätte man über die Einrichtung einer eigenen Forschungsstelle nachdenken können, um dem Institut für deutsche Sprache einen Kooperationspartner anbieten zu können. Da habe man aber nichts anbieten können. Eine Forschungsstelle für die niederdeutsche Sprache müsse sich aber aus der Universität heraus entwickeln, man könne als Ressort die Universität nicht darauf verpflichten. Das Ressort versuche, ohne in die Wissenschaftsfreiheit einzugreifen, Forschungsprojekte zu initiieren, aber es müsse jetzt abgewartet werden, wie sich das Thema weiterentwickelt.

**Herr Frey** widerspricht der Formulierung der „Staatsagentur“. Es werde eine GmbH gegründet.

**Herr Block** fühlt sich an den „Hauptmann von Köpenick“ erinnert. Es werde immer nach dem jeweils anderen Status gerufen. Es sei klar, wenn es keine positive Grundstimmung für das INS gebe, sei es illusorisch, nach Kooperationspartnern zu suchen. Er erwähnt auch, dass er in Gesprächen angeboten habe, dass das INS das gemeinsame Dach für das Länderzentrum sein könne. Er habe aber keine Antwort erhalten oder die Antwort, dass erst das Länderzentrum gegründet sein müsste, um darüber zu reden.

**Präsident Weber** äußert das Empfinden, dass es sich um ein sehr mit Friktionen besetztes Thema handelt.

### 3. Verschiedenes

(Schluss der Sitzung 17.05 Uhr)

Protokollführung  
Hermann Kleen